

Schaffhausen, 05. November 2014

Medienmitteilung

Parolen der städtischen und kantonalen Parteiversammlung zu den Abstimmungsvorlagen vom 30. November 2014

NEIN zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung, zu Ecopop und zur Goldinitiative.
NEIN zur Reichensteuer, JA zum Hooligan-Konkordat
NEIN zur 2000-Watt-Gesellschaft

Die FDP Stadt und Kanton Schaffhausen hat an ihrer gemeinsamen Parteiversammlung vom 29. Oktober 2014 folgende Parolen beschlossen:

Städtische Abstimmung :

Teilrevision Stadtverfassung: 2000-Watt- Gesellschaft: Einstimmig bei einer Enthaltung Nein

Kantonale Abstimmungen:

Reichensteuer-Initiative (vorgestellt durch Ch. Heydecker): Einstimmig ohne Enthaltungen Nein

Beitritt zum Hooligan-Konkordat (vorgestellt durch R. Sauzet): Einstimmig Ja bei einer Enthaltung

Eidgenössische Abstimmungen:

Abschaffung der Pauschalbesteuerung: Vorstandsparole (einstimmig Nein)

Ecopop-Initiative (vorgestellt durch P. Hartmeier): einstimmig ohne Enthaltungen Nein

Gold-Initiative: Einstimmig ohne Enthaltungen Nein

NEIN zur utopischen 2000 Watt Gesellschaft:

„Die 2000 Watt Gesellschaft darf nicht in der Stadtverfassung verankert werden“, sagte der jungfreisinnige Grosstadtrat Till Hardmeier, als er der FDP Versammlung die Abstimmungsvorlage präsentierte. „Sie tönt zwar gut, das unrealistische Ziel ist aber ohne extreme Einschnitte in unser Leben gar nicht erreichbar“. Energieintensive Themen wie Heizungen, Warmwasser, Autofahren und Fliegen müssten ebenso in Frage gestellt und unterbunden werden wie der Import von Gütern aus dem Ausland. Als Beispiele nannte Hardmeier Baumwollkleider, Bananen und Kaffee, aber auch Fleischkonsum, die alle nicht mit einer 2000 Watt Gesellschaft vereinbar sind. „Solche Energievisionen sind utopisch und gehören sicher nicht in die Stadtverfassung“, sagte Hardmeier. Die Vorlage sei weder liberal noch notwendig. Die Versammlung stellte sich geschlossen hinter die Vorstandsparole der städtischen FDP.

NEIN zum Eigengol Reichensteuer:

Kantonsrat und Alt-Parteipräsident Christian Heydecker fand deutliche Worte gegen die Reichensteuer. Betroffen wären im Kanton nur 278 Steuerdossiers. Diese bringen aber 14 Mio Franken ein, entsprechend 16% Steuereinnahmen pro Jahr. Die hypothetischen Mehreinnahmen von 2 Mio Franken pro Jahr würden durch das Risiko von Wegzügen pulverisiert – ein typisches Eigengol der Neid-Politik der Linken. Heydecker wies darauf hin, dass der Kanton Schaffhausen schon heute im anvisierten Steuersegment annähernd doppelt so hohe Steuerabgaben habe wie die Kantone Schwyz oder Zug. Von Steuerdumping in Schaffhausen könne keine Rede sein. „Wohnortwechsel ist heutzutage kein Problem mehr“, stellte Heydecker fest, um zu fragen: „Wollen wir wirklich die Konkurrenzfähigkeit von Schaffhausen verschlechtern und riskieren, dass künftig keine guten Steuerzahler mehr zuziehen?“

JA zum Hooligan-Konkordat:

Aktuell sind bereits 17 Kantone dem revidierten Hooligan-Konkordat beigetreten. Den Änderungen nicht gefolgt sind die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, weil diese Kantone gestützt auf einschlägige Erfahrungen eine eigene Lösung entwickelt haben (das sogenannte Basler Modell). Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Kantonen, in denen es zu Volksabstimmungen über den Beitritt gekommen ist, haben mit jeweils wuchtigem Mehr für einen Beitritt gestimmt (Zürich: 85,8 Prozent, Bern: 78,2 Prozent, Solothurn: 86,2 Prozent, Zug: 81 Prozent). Der Kanton Schaffhausen und seine Gemeinden sind nicht in erster Linie von der Revision des Konkordats betroffen, da namentlich der FC Schaffhausen nicht in der obersten Liga spielt. Die Spiele des FC Schaffhausen sind daher grundsätzlich nicht bewilligungspflichtig. Trotzdem zeigen Ereignisse der letzten Jahre, dass auch in unserem Kanton Handlungsbedarf besteht, wie Kantonsrat René Sauzet vor der Versammlung ausführte. So hat die Polizei in verschiedenen Spielen eingreifen müssen, um Ausschreitungen wieder unter Kontrolle zu bringen. Trotzdem konnten tätliche Angriffe und Sachbeschädigungen nicht immer verhindert werden. Die FDP legt grossen Wert darauf, dass Spiele aller Sportarten ein fröhlicher und gefahrloser Treffpunkt von Sportbegeisterten und Familien sind und dies auch bleiben.

NEIN zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung:

Die Parole zur Pauschalbesteuerung wurde durch den Parteivorstand bereits abschliessend gefasst. Die FDP hat sich bereits klar gegen dieses Anliegen ausgesprochen, als es im Kanton Schaffhausen zur Diskussion stand. Zu Recht, wie die neusten Zahlen zeigen: Es ist belegt, dass die Pauschalbesteuerten nach der Abschaffung der Steuer mehrheitlich wegziehen. In Basel-Land sind seit der Abschaffung 13 der 16 Pauschalbesteuerten weggezogen, im Kanton Zürich bis jetzt 102 von 201. Im Kanton Waadt leben heute 1396 Pauschalbesteuerte. Der Waadtländer Finanzdirektor warnt vor Ausfällen bei den direkten Steuern in Höhe von einer Milliarde Franken. Hinzu kämen noch etwa 200 Millionen weniger bei der Mehrwertsteuer und 60 Millionen bei der AHV. Im Wallis, wo 1300 Pauschalbesteuerte leben, im Tessin mit 877 Pauschalbesteuerten und in Genf mit 710 löst die Initiative Ängste und grosse Besorgnis aus. In St. Moritz, wo Pauschalbesteuerte einen Drittel der Steuern zahlen, wird befürchtet, dass das verlorene Steuersubstrat nicht ersetzt werden kann und die Liegenschaften leer bleiben - mit gravierenden Folgen für Einnahmen, Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Pauschalbesteuerung ist ein legitimes Werkzeug zur

Vereinfachung der Besteuerung von Ausländern mit Wohnsitz in der Schweiz. Unser Land kann sich den Verzicht auf dieses Werkzeug nicht leisten und darf dieses auch nicht ohne Not aufgeben. Es stellt insbesondere für die Bergkantone eine wichtige Einnahmenquelle dar. Hier ist die Solidarität gefragt. Eine Abschaffung der Pauschalbesteuerung würde wichtige Regionen der Schweiz stark schwächen und ist daher entschieden abzulehnen.

NEIN zu ECOPOP:

Die Annahme der Minder- Initiative und der Fehlentscheid vom 9. Februar, die Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative, hinterlassen Spuren, führte Peter Hartmeier vor der Versammlung aus. Wer die Möglichkeit habe, mit Führungsleuten in Unternehmen der Region „Greater Zurich Area“ zu reden, stelle fest: Mit den schwindenden Neuansiedlungen (wegen der nicht mehr klar und deutlich berechenbaren Zuverlässigkeit unserer Rahmenbedingungen) gebe es jetzt schon einen Rückgang an neugeschaffenen Arbeitsplätzen. Hartmeier äusserte sich vor der Versammlung sehr pointiert zu den Beweggründen hinter der Ecopop Initiative. „Ein Mensch mit liberalem Geist und entsprechendem wirtschaftlichen und kulturellem Gestaltungswillen kann mit dieser Merkwürdigkeit namens Ecopop zwangsläufig überhaupt nichts anfangen. Ecopop ist ein Gedankenkonstrukt, das zu 100 % einer liberalen Weltsicht widerspricht. Und es ist wichtig, dass man das klar, laut und deutlich sagt – auch unseren Freunden in der SVP, die sich in dieser Frage gerne doppelbödig verhalten.“ Es sei wichtig, nicht nur die einzelnen Argumente gegen Ecopop zu verwenden, sondern sich auch zu fragen, was in diesem Land passiert sei, dass eine solche Skurrilität überhaupt 100' 000 Unterschriften erhalte und sogar eine gewisse Chance habe, als Initiative angenommen zu werden. Ecopop sei das Ergebnis einer Geisteshaltung, die suggeriere: Wir Schweizer müssen nur selbstbewusster auftreten und der Welt mitteilen, wie sie sich verhalten soll – auch in Bezug auf Familiennachwuchs. Hartmeier kam zum Schluss: „Die schweizerische Selbstüberheblichkeit, Egozentrik, aus der Ecopop geboren ist, schadet unserer Wirtschaft – aber vor allem auch den Zukunftschancen unserer nachfolgenden Generationen“.

NEIN zur Goldinitiative:

„Das Gold auf der Nationalbank wäre wie ein Feuerlöscher, der bei einem Brand nicht mehr benutzt werden dürfte.“ So charakterisierte Parteipräsident Harald Jenny die Goldinitiative. Die Nationalbank müsste aktuell auf einen Schlag für über 60 Milliarden Franken Gold kaufen, erläuterte er. Da dieses Gold nie mehr verkauft werden dürfte, könnte es auch nicht genutzt werden, um unsere Währung zu schützen. Konsequenz: Der für die Wirtschaft vitale minimale Franken - Euro Kurs von 1.20 wäre gefährdet. Jenny warnte davor, dass die heutigen Zahlungen der Nationalbank an die Kantone bei einer Annahme der Initiative sinken würden. «Die SNB kann ihr gesetzliches Mandat nicht mehr voll erfüllen, wenn die Initiative angenommen wird», erklärte er. Grundsätzlich würde die Nationalbank durch die Initiative in ihrer Geld- und Anlagepolitik eingeschränkt und ihre Glaubwürdigkeit würde Schaden nehmen. Die Nationalbank hoffe und gehe davon aus, dass das Stimmvolk die negativen Folgen der Initiative erkennt und sie ablehnt.